



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021

Öffentlich

<b>5.1</b>	<b>Nachtrag zum Beschluss des Hauptausschusses vom 07.09.2021 „Neukonstituierung des (Landes-)Integrationsbeirats in der 22. Legislaturperiode“ Wahl der bezirklichen Vertreter*innen Drucksache: 21-2802</b>	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Hauptausschuss wurde durch den Ausschuss für Soziales gebeten, das Ergebnis der Wahl der bezirklichen Vertreter:innen für den (Landes-)Integrationsbeirat zu bestätigen. Am 07.09.2021 hat der Hauptausschuss dieser Empfehlung zugestimmt (Drs. 21-2615).

Folgendes Wahlergebnis wurde der Sozialbehörde durch den Hauptausschuss mitgeteilt:

Ständige Mitglieder:

1. Frau Noha-Abdel-Hady (Afrika)
2. Herr Nicolas Moumouni (Afrika)

Vertreter:innen der ständigen Mitglieder:

1. Frau Blanca Ochoa (Amerika)
2. Herr Mir Amanullah Ashuftah (Asien)

Auffüllplätze:

1. Frau Katarzyna Róžańska (Europa)
2. Herr Marko D. Knudsen (Europa)

Die Benennungsvorschläge der Hamburger Bezirksversammlungen für den (Landes-)Integrationsbeirat sind vollständig bei der Sozialbehörde eingegangen und wurden durch den Ernennungsausschuss, bei der u.a. das Fachamt Sozialraummanagement Hamburg-Nord als Federführer beteiligt war, gesichtet und nach den Vorgaben des Eckpunktepapiers zur Drs. 22/3791 bewertet.

Die Prüfung hat ergeben, dass bisher lediglich eine Bewerberin der Herkunftsregion Amerika als ständiges Mitglied in den Beirat berufen werden kann. Nach den Vorgaben ist jedoch eine Besetzung von mindestens zweier ständiger Mitglieder pro Herkunftsregion vorgesehen, s. auch Anschreiben von der Staatsrätin der Sozialbehörde, Frau Lotzkat, an die Bezirksamtsleitungen vom 29.09.2021

**Empfehlung:**

Das Fachamt Sozialraummanagement macht hierzu folgenden Vorschlag:

Frau Ochoa, die bisher als Vertreterin entsandt wurde, wird als ständiges Mitglied für Amerika



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

**der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021**

benannt. Des Weiteren rückt Frau Róžańska vom Auffüllplatz auf den Vertretungsplatz von Frau Ochoa. Die beiden Genannten haben diesem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Der Bezirk Hamburg-Nord würde somit 3 ständige Mitglieder, 2 Vertretungen und einen Auffüllplatz benennen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stimmt der Empfehlung des Fachamtes Sozialraummanagement zu.

Michael Werner-Boelz

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021

Öffentlich

7.1	<b>Haushaltsvoranschlag Doppelhaushalt 2021/2022</b> <b>Verteilung der Rahmenzuweisung 2022 "Förderung soziokultureller Stadtteilzentren, Stadtteilkulturprojekte und Geschichtswerkstätten"</b> <b>hier: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport</b> <b>Drucksache: 21-2805</b>	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 26.10.2021 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport stimmt dem Haushaltsvoranschlag zu und empfiehlt dem Hauptausschuss den Beschluss“.

### Hintergrund:

PSP- Element	Zweckbestimmung	Ansatz 2022
3-21902010-100008.03	Institutionelle Förderung soziokulturelle Stadtteilzentren	1.221.000 €
3-21902010-100008.02	Zuschüsse an Geschichtswerkstätten	164.000 €
3-21902010-100008.04	Stadtteilkulturprojekte	62.000 €
	<b>Gesamt</b>	<b>1.447.000 €</b>

In der Haushaltsdrucksache für den Doppelhaushalt 2017/2018 legte die Behörde für Kultur und Medien eine jährliche Erhöhung der Rahmenzuweisung ab 2019 um 1,5 % unter Berücksichtigung des jeweiligen bezirklichen Bevölkerungsanteils fest. Infolgedessen erhöht sich die Rahmenzuweisung für den Bezirk Nord für das Haushaltsjahr 2022 um 17.000 €.

Im Rahmen der Feinspezifikation im Haushaltsjahr 2022 sollen die Haushaltsmittel wie folgt auf die Stadtteilkulturzentren und Geschichtswerkstätten aufgeteilt werden:

Die Mittel für die Stadtteilkulturzentren wurden nach dem regulären prozentualen Schlüssel verteilt.



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**  
der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021

	Zentren	Betrag Inkl. Erhöhung gem. Planung
1	Goldbekhaus	487.752,00 €
2	Bürgerhaus in Barmbek	205.546,00 €
3	Zinnschmelze	182.257,00 €
4	Kunstlinik Eppendorf	163.859,00 €
5	ella -Kulturhaus Langenhorn	97.500,00 €
6	kulturpunkt im Barmbek°Basch	84.086,00 €
	<i>insgesamt</i>	<i>1.221.000,00 €</i>

Die Verteilung im Bereich der Geschichtswerkstätten erfolgte zu gleichen Teilen gemäß Abstimmung der Geschichtswerkstätten untereinander.

	Geschichtswerkstätten	Betrag Inkl. Erhöhung gem. Planung
6	Geschichtswerkstatt Barmbek	77.870,00 €
7	Stadtteilarchiv Eppendorf	38.560,00 €
8	Willi-Bredel-Gesellschaft	27.030,00 €
9	Geschichtsguppe Dulsberg e.V.	12.957,00 €
10	Jarrestadt-Archiv	7.583,00 €
	<i>insgesamt</i>	<i>164.000,00 €</i>

Die Zentren und Geschichtswerkstätten haben Wirtschaftspläne vorgelegt, die auf Stichhaltigkeit geprüft wurden.

Bei den Geschichtswerkstätten werden auch in 2022 nur die festen Ausgaben (Miete, Betriebskosten, Personalkosten und alternativ Honorare) zugewendet. Mit diesem Ansatz soll die erfolgreiche Arbeit der Geschichtswerkstätten weiter gefestigt werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

**AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021

**Abstimmungsergebnis:**

**Verteilungsvorschlag Nr. 8:**  
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, DIE LINKE  
Gegenstimmen : CDU  
Stimmenthaltungen : FDP

**Alle anderen Verteilungsvorschläge:**  
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021

Öffentlich

7.2	<b>Eine Sprechstunde des Bezirksamtsleiters für Kinder und Jugendliche</b> <b>Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses</b> <b>Drucksache: 21-2808</b>	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Jugendhilfeausschuss hat sich in seiner Sitzung am 27.10.2021 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der GRÜNE- und SPD-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. Der Bezirksamtsleiter bietet viermal im Jahr Sprechstunden für Kinder und Jugendliche an. Die Teilnahme ist niedrigschwellig zu ermöglichen und zielgerichtet an die Altersgruppe zu kommunizieren. Das Dialogformat soll zunächst für ein Jahr erprobt werden.
2. Nach einem Jahr berichtet der Bezirksamtsleiter im Jugendhilfeausschuss über die von den Kindern und Jugendlichen angesprochenen Themen. Anschließend wird über die Fortführung der Sprechstunde entschieden.

Ergänzungen:

3. Die Sprechstunden können auch vor Ort, also in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, beispielsweise in Wohngruppen stattfinden.
4. Um die Hemmschwelle für Kinder und Jugendliche zu senken, wird es auch digitale Angebote und nicht nur Präsenzangebote geben.

### **Begründung:**

Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Beteiligung ist in Artikel 12 der

UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, die sie und ihr Umfeld direkt betreffen. Sie haben ein Recht darauf, dass ihre Meinung gehört wird. Die Zeit der Pandemie hat jedoch deutlich gezeigt, dass die Interessen junger Menschen oft nicht angemessen berücksichtigt werden.

Dabei wirkt sich die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in vieler Hinsicht positiv aus: Junge Menschen erfahren das Gefühl von Selbstwirksamkeit und lernen demokratische Prozesse kennen. Sie werden dazu motiviert, als Erstwähler\*innen von ihrer Stimme auch



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## **AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

**der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021**

Gebrauch zu machen. Zudem kann Partizipation die Bindung zum Wohnort stärken und dazu motivieren, selbst einmal politische Verantwortung zu übernehmen.

Durch das Dialogangebot einer Sprechstunde für Kinder und Jugendliche zeigt die Politik Interesse und Wertschätzung für die Anliegen junger Menschen und gibt ihnen die Gelegenheit, sich zu den Angelegenheiten zu äußern, die ihnen wichtig sind.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021

Öffentlich

7.3	<b>Verteilungsvorschlag zu den prognostizierten Einnahmen und Ausgaben in den Rahmenezuweisungen(RZ)</b> 1-254.09.01.405.001 "Betriebsausgaben für die offene Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit" (RZ OKJ), 1-254.09.02.405.001 "Förderung der Erziehung in der Familie" (RZ FamFö), 1-254.09.03.404.001 "Betriebsausgaben für sozialraumorientierte Angebote der Jugend- und Familienhilfe" (RZ SAE-Alt) <b>Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses</b> <b>Drucksache: 21-2809</b>	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Jugendhilfeausschuss hat sich in seiner Sitzung am 27.10.2021 mit o.g. Thematik auseinandergesetzt und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. Der vorliegende Verteilungsvorschlag wird zur Kenntnis genommen und den Trägern unter dem Vorbehalt eines ausgeglichenen Haushaltes Gelegenheit gegeben dazu Stellung zu nehmen.
2. Die zu erwartenden Reste und Rückflüsse in 2022 werden 1. für eine Tarifsteigerung ab Oktober 2021 und 2. für den Defizitausgleich in den Rahmenezuweisungen OKJ, SAE und FamFö für 2023, eingesetzt.

Begründung:

Das Bezirksamt hat auf der Basis der vorliegenden Anträge und unter Berücksichtigung der Förderung in 2021 einen Verteilungsvorschlag für 2022 vorbereitet.

Für das Haushaltsjahr 2022 ergibt sich derzeit ein rechnerisches Defizit von ca. € 255.200,-. Dieses errechnet sich aus der Differenz zwischen den voraussichtlichen Bewilligungen 2022 (nach Prüfung der Anträge durch das Jugendamt) sowie der Mittelansätze für 2022.

Es wurden Reste und Rückflüsse aus Verwendungsnachweisprüfungen in Höhe von € 258.056,-





Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## **AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT**

**der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021**

berücksichtigt, so dass der Verteilungsvorschlag für 2022 ohne Berücksichtigung der zu erwartenden Tariflohnerhöhungen ab 01.10.2021 - 31.12.2022 im ersten Schritt ausgeglichen wäre. Unter Berücksichtigung einer Tariflohnerhöhung würde sich ein rechnerisches Defizit ergeben. Hierfür sind weitere Prüfungen und die Bindung weiterer Rückflüsse erforderlich. Die anliegende Kalkulation steht insoweit noch unter diesem Vorbehalt.

Nach der heutigen Kenntnisnahme haben die Träger Gelegenheit zu ihren unter diesem Vorbehalt stehenden Vorschlägen Stellung zu nehmen. In der JHA-Sitzung vom 24.11.2021 wird dann ein endgültiger Verteilungsvorschlag vorgelegt.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021

Öffentlich

<b>7.4</b>	<b>Referent:innenanforderung bezüglich der Neuerungen des SGB VIII</b> <b>Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses</b> <b>Drucksache: 21-2810</b>	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 27.10.2021 folgendes beschlossen:

Es möge ein/e Referent:in der Sozialbehörde zu einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses kommen und die Neuerungen im SGB VIII und sich daraus ergebenden Konsequenzen erläutern.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021

Öffentlich

7.5	<b>Mehr Sicherheit beim Abbiegen aus der Genslerstraße in den Rübenkamp</b> <b>Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg</b> <b>Drucksache: 21-2822</b>	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 01.11.2021 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der GRÜNE- und SPD-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet: Die Verwaltung wird gebeten, den Einsatz eines Verkehrsspiegels an der Einmündung der Genslerstraße in den Rübenkamp zu prüfen, um eine Gefahrenquelle zu beseitigen.

Für den Fall, dass dies nicht machbar ist, sollen andere Möglichkeiten gefunden werden, damit einbiegende Fahrzeuge aus der Genslerstraße den Rübenkamp besser einsehen können.

Begründung:

Von Anwohner\*innen der Genslerstraße wurde darauf aufmerksam gemacht, dass eine Gefahrenquelle beim Einbiegen in den Rübenkamp existiert. Verkehrsteilnehmer\*innen müssen sehr weit auf den Rübenkamp vorfahren, um die Straße einsehen zu können. Dadurch ist die Einmündung sowohl für Kfz-Führer\*innen als auch für die Radfahrenden auf dem Rübenkamp gefährlich. Dieser Bereich gehört zum unmittelbaren Schulweg von Grundschulkindern, die Aufmerksamkeit vor allem der motorisierten Verkehrsteilnehmer\*innen muss vorrangig diesen gelten. Deshalb scheint es sinnvoll, Abhilfe durch einen Spiegel oder andere Maßnahmen zu schaffen, so dass die Einsicht in den Rübenkamp gewährleistet wird.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

## AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses  
vom 02.11.2021

Öffentlich

7.6	<b>Parken auf dem Fuß- und Radweg Landwehr verhindern und Versorgung der Geschäfte verbessern</b> <b>Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg</b> <b>Drucksache: 21-2823</b>	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 01.11.2021 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der GRÜNE- und SPD-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Vor dem Gebäude Landwehr 19 inklusive der Hofdurchfahrt soll eine fahrbahnparallele La-dezone eingerichtet werden. Dabei soll aufgrund des regelmäßigen Falschparkens (senkrecht) gegenüber dem angrenzenden Radweg eine feste Abgrenzung durch Poller o.ä. installiert werden.

Begründung:

Auf der Straße Landwehr in Höhe der Hausnummer 19 befindet sich eine Einfahrt, die fast ausschließlich von Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen benutzt wird. Die rückwärtigen Gebäude sind über den von der Kiebitzstraße / Kiebitzhof aus erschlossenen Parkplatz zu erreichen. Nach Angaben des Bezirksamtes Wandsbek liegt die Bezirksgrenze auf den Grundstücksgrenzen am Landwehr, wobei der Fußweg und die Fahrbahn zum Bezirk Nord gehören.

Die Einfahrt wird überwiegend von Fahrzeugen der Fa. Mundfein so beparkt, dass der Radweg verengt oder komplett blockiert wird und sich sowohl für Radfahrende als auch für Fußgänger\*innen eine Gefahrensituation ergibt. Außerdem besteht langfristig die Möglichkeit der Beschädigung der Platten auf dem Radweg, was Unfallgefahren hervorrufen könnte.

Schon im September 2020 hatte es im Regionalausschuss anlässlich einer Initiative von GRÜNEN und SPD einen Austausch über diese Thematik gegeben [1]. Nach Rücksprache mit der im Ausschuss anwesenden Polizei wurde der Antrag zurückgezogen, da diese zunächst das Gespräch mit dem Restaurant suchen wollte. Die Gespräche und Kontrollen brachten nicht den gewünschten Effekt, offenbar durch häufigen Personalwechsel.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen